

die besondere Bösartigkeit und Gefährlichkeit der Alleinvertretungsanmaßung.

Wir meinen: Wenn die SPD den Willen hat, mit dafür zu sorgen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, dann darf sie sich doch nicht dafür einsetzen, daß die Bonner Regierung Mitverfügung über Atomwaffen erhält und obendrein noch diejenigen diktatorischen Vollmachten, die sie zu benötigen glaubt, um das Volk in den Krieg zu führen.

Die Einstellung zu den territorialen Forderungen gegen andere Staaten ist ein Prüfstein für jede Politik, die den Anspruch erhebt, dem Frieden zu dienen. Die SPD-Führung unterstützt jedoch leider die Positionen der CDU/CSU-Regierung. Glaubt sie aber, daß ein Anspruch auf die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 jemals realisiert werden kann? Ohne Krieg einzukalkulieren, ist es doch offenkundig völlig unsinnig, auf den Grenzen von 1937 zu beharren. Wir können nicht glauben, daß die SPD die Mitschuld an der Vorbereitung eines Krieges auf sich nehmen will.

Wir nehmen also nicht an, daß der Parteivorstand der SPD die Forderung nach den Grenzen von 1937 für realisierbar hält.

Uns ist bekannt, daß führende sozialdemokratische Politiker etwa so argumentieren: Nehmt doch die Sache mit den Grenzen von 1937 nicht so furchtbar wörtlich. Wir meinen das ja gar nicht so. Natürlich wissen wir, daß an den Grenzen - wie sie als Folge des zweiten Weltkrieges entstanden sind - nicht zu rütteln ist. Krieg wollen wir natürlich nicht. Aber ihr müßt doch verstehen, daß wir Rücksicht auf die ehemaligen Umsiedler nehmen müssen, die ihre Stimme der SPD geben.

Mit einer solchen Erklärung können sich die Völker nicht zufriedengeben. Politik mit doppeltem Boden kann nicht gut ausgehen. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, vertreten einmal durch den Bundeskanzler und zum anderen durch Minister Seebohm, treibt das gefährlichste Spiel mit doppeltem Boden. In der SPD-Führung hören wir einerseits besänftigende Erklärungen und zum anderen die Brandreden von Wenzel Jaksch. Heißt das, daß es zwischen der Bonner Regierung und der SPD-Führung auch in der Politik mit doppeltem Boden Übereinstimmung gibt?

*Wenn der SPD-Parteivorstand zur Überzeugung gekommen ist, daß die Grenzen nicht mehr zu ändern sind, dann wäre es seine Pflicht, das auch offen vor dem ganzen Volk auszusprechen.*